

(A) **Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Gibt es über das Unternehmen Daimler, das unbestritten ein sehr wichtiges Unternehmen am Standort ist und auch mit ausgewiesener Expertise im Bereich der Mobilität, weitere Kontakte zu Unternehmen, die sich mit dem Thema Elektromobilität in Bremen beschäftigen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ja! Es gibt etwa 40 bis 50 Unternehmen, die wir gemeinsam mit der Handelskammer erfasst haben, die das Thema interessiert. Wir haben auch mehrere Sitzungen mit Unternehmen gehabt, um mit ihnen zu beraten, wie eine Einführung von Elektromobilität sinnvoll ist. Sie müssen allerdings dabei beachten, dass das Thema Elektromobilität heute beim Einsatz von Autos noch nicht auf der Tagesordnung steht, sondern wir werden da noch einige Jahre brauchen, das zeigt schon die Zahl von 100 Elektroautos, viel mehr sind im Moment überhaupt nicht zu beschaffen. Das kommt in den nächsten Jahren. Firmen wie Nehlsen und einige andere sind daran sehr interessiert, Elektroautos in ihrem Fuhrpark mit einzusetzen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(B) Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Bevor ich die Aktuelle Stunde aufrufe, darf ich noch mitteilen, dass zwischenzeitlich interfraktionell vereinbart wurde, den Tagesordnungspunkt 14 in Verbindung mit dem Tagesordnungspunkt 29, es handelt sich um Seepiraterie, auf morgen, 10.00 Uhr, zu verschieben.

Ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Dr. Kuhn, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie dem Abgeordneten Tschöpe und Fraktion der SPD folgendes Thema beantragt worden:

„Euro-Krise bedroht Bund, Länder und Gemeinden – keine Zeit für billigen Populismus“.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Morgen wird der Bundestag, übermorgen wird der Bundesrat über die Erweiterung des Rettungsschirms der Euroländer ent-

scheiden, eine Entscheidung von großer Tragweite. Bis heute ist nicht sicher, ob die Bundesregierung dafür eine eigene Mehrheit im Bundestag haben wird. Im Bundesrat wird es keinen Widerspruch geben, auch das Land Bremen ist für diesen Schritt.

Wir Grüne unterstützen das, und wir finden es richtig, das heute angesichts der Tragweite der Entscheidung öffentlich auch zu begründen, denn es gibt auch Kritik, Einwände, viele Fragen und Verunsicherung im Land, eine Verunsicherung, die einige unverantwortliche Politiker der Berliner Koalition nutzen wollten, um sich selbst zu retten. Sie sind damit gescheitert, aber das Problem bleibt ja: Wie kann eine Koalition Ruhe und Vertrauen wieder herstellen, die sich selbst nicht traut, meine Damen und Herren, das ist ein offensichtliches Problem!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die heutigen Entscheidungen haben eine lange Vorgeschichte, und gestatten Sie mir, auf diese Vorgeschichte etwas einzugehen! Im September 2008, mitten in der anschwellenden Finanzkrise, haben Verantwortliche in den Vereinigten Staaten beschlossen, die Bank Lehman Brothers pleite gehen zu lassen. Die Argumente waren damals in der Debatte, man könne doch nicht jede marode Bank auf Dauer stützen. Wer es nicht kann, muss es eben lassen und gehen. Es kann doch nicht sein, dass die Steuerzahler für die wahnsinnigen Fehler der Banken zahlen, sondern das müssen die Banken selbst tun. Das klingt alles gut, meine Damen und Herren, es war aber dennoch ein verheerender Irrtum.

Der Zusammenbruch von Lehman Brothers hat mit weitreichenden Folgen für die reale Wirtschaft innerhalb von Stunden die Finanzwelt rund um den Globus erschüttert, auch hier in Bremen, wir erinnern uns daran. Warum ist das so? Weil die Finanzinstitute global verflochten und aufeinander angewiesen sind, sie aber das Vertrauen zueinander verloren hatten! Nichts ging mehr zwischen ihnen. Sie hatten zu diesem Misstrauen auch jedes Recht, denn die Banken selbst waren auch die Ursache und der Grund dieser Krise.

Bei den berüchtigten Derivaten, um die es damals ging und die erfunden worden waren, geht es nicht mehr um Realität, sondern um Erwartungen und Befürchtungen. Es geht darum, was ich denke, was der andere über mein Denken möglicherweise denkt und so weiter, in immer höherer Potenz mit Wetten, mit Billionenumsätzen, mit computergestütztem Herdentrieb; ein wunderbarer Raum, meine Damen und Herren, für Panik, Spekulation und – man muss es leider sagen – auch Betrug. Es heißt dann immer, die Märkte seien verunsichert. Das Problem ist, sie trauen sich selbst nicht mehr.

Wenn das die zugegebenermaßen nicht so schöne Realität ist, dann ist die Frage: Was ist die Aufgabe der Politik? Erstens ist es die Aufgabe zu reagie-

(C)

(D)

(A) ren. Unmittelbar nach der Lehman-Pleite haben Frau Merkel und Herr Steinbrück öffentlich erklärt, alle Spareinlagen in Deutschland seien sicher. Das war zwar kühn, aber richtig. Der Banken-Rettungsschirm wurde aufgespannt, und auch damals gab es die Kritik, warum man ausgerechnet die Banken stütze, die doch so unglaublich dumm und verantwortungslos spekuliert hatten. Es war trotzdem richtig, denn das Problem ist damals wie heute: Die Banken, Versicherungen, Hedgefonds, alles, was so die berühmten Märkte ausmacht, diskutieren nicht mit uns – das ist nicht ihre Art –, sondern sie handeln nach ihren eigenen Regeln und scheren sich nicht um die Folgen.

Deswegen die Frage: Was muss der Staat tun? Er muss entschlossen reagieren und klarmachen, dass er seine gesamte Autorität einsetzen wird, die Währung und das Finanzwesen stabil zu halten. Er muss aber zweitens zugleich agieren und endlich diese Märkte eingrenzen, regulieren, und das, meine Damen und Herren, hat diese Bundesregierung viel zu zögerlich und langsam begonnen. Das ist unsere Kritik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir wären heute mit der Einführung der Finanztransaktionssteuer, mit der Einrichtung einer unabhängigen europäischen Ratingagentur, mit der Regulierung von Hedgefonds und so weiter viel weiter, wenn die schwarz-gelbe Regierung dies sofort angepackt hätte. Ich erinnere mich noch gut an die Debatten vor zwei bis drei Jahren hier im Hause, in der uns noch vorgeworfen wurde, dass die Finanztransaktionssteuer Unsinn wäre. Gott sei Dank hat sich die Meinung geändert, aber es kommt zu spät!

(B) Ich bin überzeugt, die Regulierung und Zählung der Finanzmärkte ist eine Überlebensfrage für unsere Gesellschaft geworden, für ihre wirtschaftliche Stabilität, aber auch für den sozialen Frieden in unserem Land, und manchmal denke ich, es ist eigentlich merkwürdig, dass so wenig gegen diese Banken demonstriert wird. Vielleicht haben sie auch keine Adresse, bei der man das machen kann, das ist vielleicht eine Erklärung dafür,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

aber es wird nicht immer so bleiben, und dafür brauchen wir unbedingt eine Lösung.

Die heutige Staatsschulden- und Eurokrise ist auch eine Folge der Finanzkrise von damals und der versäumten Konsequenzen. Die hohe Verschuldung der europäischen Staaten, auch die von Griechenland, auch die von Italien, ist nicht über Nacht gekommen, sie ist aber angestiegen infolge der Finanzkrise, und zwar sprunghaft. Diese berühmten klugen Märkte haben lange an dieser Verschuldung keinen Anstoß genommen, sie haben in ihrer bekannten Klugheit

Kredite ohne Ende vergeben. Praktisch über Nacht haben sie diese Auffassung aber verändert, sie haben die Kredite dramatisch verteuert und dabei kräftig mit hohen Gewinnen gegen einzelne Länder spekuliert.

(C)

Die Frage ist wiederum: Was muss die Politik in einer solchen Situation gegenüber den Märkten tun? Sie muss erstens schnell und unmissverständlich verdeutlichen, dass der Staat – oder in diesem Falle der europäische Staatenbund – der Spekulation entgegentritt und Zusammenbrüche mit verheerenden Folgen in jedem Fall verhindern wird, ob dies nun Banken oder Länder betrifft. Warum ist das so? Noch einmal: weil in Europa unsere Gesellschaften, unser Wirtschaften, unsere Finanzen so vernetzt, verflochten, voneinander abhängig sind, dass sich die Frage nach dem „sie“ oder „wir“ gar nicht stellt! Es geht um uns in dieser Frage, aber nicht um andere. Deswegen sind die Beschlüsse, die morgen und übermorgen gefasst werden sollen, eben richtig, sie müssen sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich habe persönlich durchaus Respekt vor der Aufgabe, solche Krisen mit Partnern, die nicht mit uns diskutieren, sondern ganz anderen Regeln folgen, in der Demokratie, in einer Union vieler Demokratien zu bewältigen, aber die schwarz-gelbe Regierung hat im letzten Jahr immer wieder denselben Fehler begangen: Sie hat gezögert und die richtigen Maßnahmen, die Hilfen, die sie am Ende dann doch durchgeführt hat, erst einmal zerredet, bevor sie gehandelt hat, sie hat in unverantwortlicher Weise Stimmung gegen ganze Völker geschürt, und das war ein schwerer politischer Fehler.

(D)

Sie hat es deswegen nicht verstanden, ihre Fraktionen, ihre Parteien von ihrer Linie zu überzeugen – die durchaus in der Bundesregierung vertreten ist, das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen –, sie hat im Gegenteil einen Vizekanzler, der, um sich selbst zu retten, öffentlich vom Konkurs Griechenlands spricht und gegen Europa stichelt. Das ist in einer Weise dilettantisch und verantwortungslos, dass man nicht versteht, dass dieser Vizekanzler gestern auch noch gestreichelt und für ihn Hof gehalten wurde. Ich verstehe das nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wiederum ist aber die klare Reaktion, die buchstäblich die ganze Welt von uns erwartet, nur das eine.

Die zweite Aufgabe ist offensichtlich, wir müssen herunter von unseren Schuldenbergen. Das wird lange dauern, und für einige Staaten wird es sehr schwierig werden. Niemand von uns weiß heute ganz genau, wie das gelingen kann. Hilfen bei Zukunftsinvestitionen, Hilfen beim Umbau von Reformen wer-

(A) den sicher dazugehören, aber jede Nation muss es für sich selbst machen, und diejenigen, denen geholfen wird, sind selbstverständlich auch in der Pflicht. Das wissen sie auch, und es verdient doch auch wirklich – das will ich einmal sagen – hohen Respekt, was in Griechenland, in Irland, in Portugal und Spanien schon geleistet worden ist. Es gibt gar keinen Grund, mit Häme über sie herzuziehen, sondern das muss man mit Respekt anerkennen.

Meine dritte und entscheidende Schlussfolgerung ist: Wir brauchen mehr europäische Zusammenarbeit und Integration, aber nicht weniger. Wir müssen den Euro verteidigen, denn die gemeinsame Währung hat entscheidend zur Stabilisierung der europäischen Wirtschaft und ihrer Handlungsfähigkeit in der Welt beigetragen. Die deutsche Wirtschaft, die deutsche Gesellschaft hat am meisten vom Binnenmarkt und der Währung profitiert, das wissen wir doch hier in den Handels- und Industriestädten Bremen und Bremerhaven am besten.

Die gemeinsame Währung braucht auf Dauer aber eine gemeinsame Politik. Sie war damals noch nicht zu haben, aber jetzt ist sie das Gebot der Stunde: gemeinsame Politik für eine konsequente Regulierung der Finanzmärkte, gemeinsame Politik der Eindämmung der Staatsschulden mit klaren Regeln und auch Sanktionen und nicht willkürliche Entscheidungen von Regierungschefs, die Gefälligkeitsentscheidungen waren, Schritte auf dem Weg zu einer wirkungsvollen Koordinierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitiken der Einzelstaaten, damit früh auf unheilvolle Entwicklungen und ökonomische Ungleichgewichte reagiert werden kann, Harmonisierung der Steuerpolitik und natürlich Regelungen für die gemeinsame geschlossene Abwehr von Spekulation und für Hilfen. Da geht es um den neuen Stabilitätsmechanismus, den sogenannten ESM, der auch Regeln für Umschuldungen und die Beteiligung der Privaten enthalten wird und muss, da geht es auch um gemeinsame Staatsanleihen der Euroländer, der sogenannten Eurobonds, für die die Kommission demnächst einen Vorschlag machen wird.

Die Bundesregierung lehnt die Eurobonds – ich sage einmal in Klammern noch – ab. Es wird ja vieles erst einmal abgelehnt, um es dann doch mit dem Argument zu machen, dass es nicht anders geht. Die Wahrheit ist, so wie wir alle, auch die Länder, seit 2008 für die deutschen Banken haften, haften wir bereits jetzt auf verschiedene Weise für die Schulden der Länder, denen wir helfen. Die Eurobonds sind eine Idee, das verlässlich zu gestalten und einen großen attraktiven Markt für Euroanleihen zu schaffen, der – und das ist das Entscheidende – spekulative Angriffe auf einzelne Staaten, die verletzlich sind, verhindert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es gibt dabei das Risiko höherer Zinsen für Deutschland und auch für Bremen, wobei die bisher kursie-

renden Zahlen zunächst einmal reine Spekulation sind. Eines ist aber sicher: Das Risiko für Bremen, wenn es zur ökonomischen Krise käme – wie es von manchen schon befürchtet wird, weil Bedenken und Angst entschlossenes und vorausschauendes Handeln verhindern –, wäre mit Sicherheit erheblich größer.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident!

Die Überzeugung der Grünen ist, Deutschland muss in dieser Woche mit klaren Entscheidungen deutlich machen, dass wir eine starke gemeinsame Währung wollen, wir werden sie verteidigen. Wir wollen die immer engere Union der Völker Europas, weil sie in unserem ureigenen deutschen und bremischen Interesse liegt. Anders können wir in der heutigen Welt nicht bestehen. Dieses Signal und nicht das Schauspiel, das die schwarz-gelbe Koalition gegenwärtig bietet, muss von den Abstimmungen heute, morgen und übermorgen ausgehen, denn es steht sehr viel auf dem Spiel. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hiller.

(B)

Abg. Frau **Hiller** (SPD)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Viele Bürgerinnen und Bürger – auch in Bremen und Bremerhaven – sind angesichts der aktuellen Debatte über die Krise der Währungsunion zutiefst verunsichert und machen sich Sorgen um ihre Zukunft in Europa, Sorgen um ihre Sicherheit, um die Sicherheit des Euros, um das Ersparte und Erarbeitete, um ihre Arbeitsplätze. Ähnlich geht es auch den Bürgerinnen und Bürgern in Griechenland.

Heute haben wir im „Weser-Kurier“ den Aufmacher gehabt, es ginge auch um Respekt in einer schwierigen Phase und auch darum, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen. Diese Verunsicherung, die wir spüren, wird leider zum Teil von Teilen der Bundesregierung durch zauderndes Verhalten und unklare Aussagen und zu einem anderen Teil – das finde ich heute eigentlich schade, obwohl ich mich sehr gefreut habe, dass die FDP nicht mehr in diesem Parlament ist, aber heute hätte ich gern mit ihnen die Debatte geführt – durch einen Populismus und Anti-Europa-Kurs der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP noch verstärkt. Dabei ist es gerade jetzt umso wichtiger, gut zu informieren und solidarisch zusammenzustehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Begründung für diese Aktuelle Stunde hat Herr Dr. Kuhn

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) schon gegeben. Ich möchte daran nur noch anschließen, dass die SPD auch im Bundestag durchaus die Notwendigkeit des Rettungsschirms, wie er bislang geplant ist, umsetzen will. Die SPD steht für eine stabile Währung und die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa. Der Rettungsschirm ist dafür notwendig. Der europäische Rettungsschirm ist der erste Schritt zu einem finanziell stabilen, wirtschaftlich erfolgreichen und einem gerechten und sozialen Europa.

Herr Dr. Kuhn hat schon darauf hingewiesen, dass es zum einen sehr schwierig ist, auch historisch gesehen, diese Krise zu steuern. Man muss Respekt vor jedem haben, der Politik macht und versuchen will, es wirklich gut zu machen. Er hat aber auch darauf hingewiesen, wie die Bundesregierung zurzeit mit dieser Krise umgeht. Ich will darauf nur kurz eingehen – ich denke, das kommt vielleicht auch gleich noch in der Debatte –: Meiner Meinung nach gibt es in Deutschland einen orientierungs- und verantwortungslosen Umgang mit dieser Krise.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das zeigt sich insbesondere durch Zaudern, das Zaudern hatten wir bereits! Es wurden dringend notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung des Euros immer wieder öffentlich bestritten, hinausgeschoben und am Ende viel zu spät in Angriff genommen. Das permanente Leugnen der Realität, verbunden mit immer wiederkehrenden Ressentiments gegenüber einzelnen Mitgliedsstaaten und einer völlig falschen Darstellung Deutschlands als angeblicher Zahlmeister der Europäischen Union, hat keinerlei Beitrag zu einer rationalen Diskussion und einer Verankerung der notwendigen politischen Entscheidungen in unserer Bevölkerung geleistet. Im Gegenteil: Form und Inhalt der lange Zeit orientierungslosen Politik der Bundesregierung haben massiv zur Ablehnung der notwendigen Maßnahmen in der deutschen Bevölkerung beigetragen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Allerdings sind die Bürgerinnen und Bürger wesentlich schlauer. Auch heute konnten wir im „Weser-Kurier“ eine Abfrage lesen, in der sie sich sehr differenziert zeigen und aus der sich überhaupt keine antieuropäische Stimmung ergibt.

Ich möchte noch einmal auf die Darstellungen der Bundesregierung und auch die von anderen Interessenvertretungen eingehen, die zurzeit immer wieder formuliert werden, und das etwas richtigstellen! Gibt es eine Eurokrise? Es gibt meiner Meinung nach keine Eurokrise, denn die Zahlungsmittelfunktion, der Geldwert und der Außenwert des Euros sind intakt. Die Krise ist im Kern eine Refinanzierungskrise einzelner Mitgliedsstaaten.

Die Refinanzierungskrise hat keineswegs nur eine exzessive öffentliche Verschuldung als Ursache. Eines mindestens ebenso starken Einfluss haben labile Banken – dazu hat Herr Dr. Kuhn eben auch bereits etwas gesagt –, der zusammengebrochene Immobilienmarkt, Außenhandelsungleichgewichte, ein ungenügend regulierter Finanzmarkt und eine abnehmende Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage: Warum trifft es eigentlich Europa? Weltweit ist die Staatsverschuldung in anderen Ländern viel höher: USA 100 Prozent, Japan noch wesentlich höher, in der Euro-Zone liegt sie bei 85 Prozent des BIP. Woran liegt das? Vielleicht liegt das ja daran, dass wir gar nicht solidarisch zueinanderstehen und dass die gemeinsame Aufgabe, diese harten Angriffe der Finanzspekulationen gemeinsam abzuwehren, gar nicht vorhanden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weiterhin wird immer wieder das Argument vorgetragen, Deutschland sei der Zahlmeister Europas. Deutschland ist der Gewinner Europas! Deutschland ist nicht Zahlmeister, sondern Gewinner der europäischen Einigung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Politisch könnte man noch lange darüber reden, und auch Bremen ist mit seinen Häfen und seiner Exportorientierung sehr wohl ein Profiteur: 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in die Europäische Union. Nur dann, wenn es unseren europäischen Nachbarn gut geht, geht es Deutschland und auch Bremen gut. Deshalb hat Deutschland ein eigenes nationales Interesse an der Stabilisierung der Währungsunion und am wirtschaftlichen Aufschwung in Europa.

Als Letztes wird immer wieder gesagt, Griechenland solle Europa verlassen. An Griechenland haben Deutschland und Bremen ein großes wirtschaftliches Interesse. Die Folgen einer wirtschaftlichen Rezession in Griechenland und der damit nicht mehr auszuschließende Staatsbankrott sowie der Austritt aus der Eurozone wären für unser Land dramatisch. Eine erneute Stabilisierung betroffener deutscher und europäischer Banken, vor allem die Gefahr der Ansteckung weiterer Mitgliedsstaaten der Eurozone, würde zu immer größeren finanziellen Anstrengungen führen, um eine allgemeine wirtschaftliche Rezession und steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland und auch in unserem Land zu verhindern.

Zu dem Inhalt des Rettungsschirms werde ich jetzt nichts weiter sagen, weil das eben ausgeführt worden ist. Ich denke, es ist nur wichtig, an dieser Stelle deutlich zu machen, dass es nicht darum geht, Griechenland oder anderen Ländern irgendwelche Gelder zu geben, damit sie ihre Haushalte sanieren. Es geht darum, diese Mitgliedsstaaten, die hart von Spekulanten angegriffen werden, abzuschirmen, wie Pro-

(C)

(D)

(A) fessor Hickel es heute ja auch im „Weser-Kurier“ geschildert hat, ein Kauf auf Zeit. Die anderen Dinge müssen an deren Stellen weiterentwickelt werden.

Es gibt viele Ideen und Maßnahmen, Instrumente, die auf dem Tisch liegen, es ist eine Frage der Umsetzung, es ist eine Frage, schaffen wir es, die Steuerpolitik zu harmonisieren, schaffen wir es, eine unabhängige Ratingagentur zu entwickeln. Man wundert sich ja, man hat jahrelang nichts von Ratingagenturen gehört, und auf einmal entscheiden sie über Volkswirtschaften und über Staatsbankrotte. Auch das ist ein großes Thema.

Natürlich stellt sich auch die Frage: Brauchen wir gerade für Griechenland einen Schuldenschnitt? Die Frage, ob wir auf einen Teil der Rückzahlungen verzichten, weil das Land nicht in der Lage sein wird, aus eigener Kraft die Schulden zurückzuführen und Griechenland es deswegen auch sehr schwer haben wird, eine wirtschaftliche Grundlage für das Land zu entwickeln, muss geklärt werden. Meiner Meinung nach – die Diskussion zum Schuldenschnitt wird weltweit geführt – kann es gar nicht darum gehen, das zu verhindern, sondern wir müssen das tun.

Die Finanztransaktionssteuer wurde schon erwähnt. EU-Kommissionspräsident Barroso will heute im Europaparlament eine Finanztransaktionssteuer bekannt geben. Es zeigt sich, dass sich durch langes Mühen, wir hatten diese Debatte vor Kurzem im Europaausschuss, doch eine größere Mehrheit öffnet. Ich möchte an dieser Stelle auch etwas stolz sagen, dass unser Bundestagsabgeordneter Dr. Sieling eine sehr wichtige Arbeit in Berlin, aber auch in Europa geleistet hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Neben einer Wirtschaftsregierung, darauf ist Kollege Dr. Kuhn eingegangen, ist aber entscheidend, dass wir eine Wachstumsperspektive für die Krisenländer in Südeuropa brauchen. Es ist von den konservativ-liberalen Regierungen Europas, insbesondere von der deutschen Bundesregierung, unverantwortlich, diese Wachstumsperspektive nicht zu eröffnen. Die drastischen Sparmaßnahmen in Griechenland werden das Land nicht aus der Krise führen, im Gegenteil, die Sparmaßnahmen allein führen zu einer ständig steigenden Wirtschaftsrezession im Land. Im Ergebnis reichen alle Sparanstrengungen nicht einmal, den wirtschaftlichen Rückgang auszugleichen, geschweige denn, die Verschuldung abzubauen.

Ich möchte daran erinnern, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland gewesen ist, als wir die internationale Solidarität brauchten, um unsere Wirtschaft aufzubauen. Ich finde, man sollte das immer im Auge und in den Ohren behalten, wenn man darüber spricht, was Griechenland jetzt zu tun hat und welche Unterstützung es braucht. Ohne die Kombination der notwendigen Sparmaßnahmen mit Investition

tionen, Infrastruktur, Bildung und wirtschaftlichem Wachstum wird das Land immer mehr in einen krisenhaften Zyklus gezwungen, dessen Folgen die Bevölkerung nicht dauerhaft akzeptieren wird. Das lesen wir ja auch gerade heute noch einmal in der Zeitung.

Im Rahmen der Instrumente möchte ich noch einen letzten Punkt erwähnen, den wir selbst in Deutschland angehen können. Es geht um die gezielte Förderung der Binnennachfrage, unter anderem über kräftige Lohnsteigerungen, um Wachstum zu fördern und damit Leistungsbilanzüberschüsse zu verringern.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss! Ich werde gleich noch etwas zu einer weitergehenden Perspektive Europas sagen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Abschlussfahrt der zehnten Klasse führte mich damals mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Klasse in das geteilte Berlin. Als Wehrdienstpflichtiger habe ich die Aufgabe gehabt, die Luftkorridore nach Berlin daraufhin zu überwachen, dass keine feindlichen Flugzeuge in diese Korridore eindringen. Unter uns sitzen viele Kolleginnen und Kollegen, die die deutsche Teilung noch am eigenen Leib durch Unfreiheit erfahren haben.

Warum, meine sehr verehrten Damen und Herren, sage ich Ihnen dies zu Beginn meiner Rede? Nicht, um Sie an meinem privaten Leben teilhaben zu lassen, sondern um daran zu erinnern, dass wir bei all der tagesaktuellen Debatte über die Krise des Euros und die Frage, inwieweit die Europapolitik insgesamt dadurch betroffen ist, nicht vergessen, dass der wichtigste Erfolg der europäischen Einigung und Verständigung die Überwindung der Spaltung Europas, die Schaffung von Frieden für eine ganze Generation bis heute und auch die Überwindung der Spaltung Deutschlands gewesen ist!

(Beifall bei der CDU)

Schon allein deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verbietet es sich, bei jedweder europapolitischen Diskussion in Populismus zu verfallen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Meine zweite Bemerkung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist natürlich, das weiß auch ich, dass der Prozess der europäischen Einigung immer wieder durch Populismus begleitet worden ist. Ich erinnere mich noch an Butterberge und Milchseen, an Nettozahlerdiskussionen und Richtlinienumsetzungen, ich kann mich daran erinnern, dass wir vor gar nicht allzu langer Zeit hier im Parlament zwei Gesetze beschlossen haben, weil die Europäische Union uns mit der Umsetzung von Richtlinien in diesen Zugzwang gesetzt hat. Wir haben ein Seilbahngesetz ohne Seilbahn, und wir haben ein Waldgesetz, auf das es keinen anwendungsfähigen Wald in unseren beiden Städten unseres Landes gibt.

Die Wahrheit ist aber auch, dass wir eine gemeinsame Verantwortung haben, den großen Vorteil der europäischen Verständigung nicht durch diesen kleinteiligen Populismus zu gefährden. Das ist die große Gefahr in der gegenwärtigen Diskussion, und die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird sich an solchen populistischen Debatten und Schuldzuweisungen nicht beteiligen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Im Übrigen bin ich an dieser Stelle der festen Auffassung, dass wir es alle gemeinsam als Aufgabe haben, diese Idee von Frieden und Freiheit eben auch über unsere eigene Generation hinaus weiterzutragen. Wenn ich zu Hause meinen Kindern etwas von der Spaltung Berlins, der Berliner Mauer und meiner Zeit bei der Bundeswehr erzähle, dann ernte ich großes Staunen. Die nächste Generation hat diesen Vorteil der europäischen Verständigung und Einigung gar nicht mehr selbst erlebt. Sie lebt davon und wird davon beeinflusst, dass und welches Bild von Europa wir ihr vermitteln, und dafür habe ich, dafür haben wir alle eine gemeinsame Verantwortung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die dritte Bemerkung, die ich machen will, ist: Ich glaube, wenn man sich diese ersten beide Punkte noch einmal vergegenwärtigt, nützt es nichts, für die aktuelle Diskussion um die Stabilität des Euros monokausale Begründungen zu finden und Schuldzuweisungen zu tätigen. Die Wahrheit ist, Griechenland, nicht nur Griechenland, aber auch Griechenland, hat eine Staatskrise durch eine unvermeidbare Verschuldungspolitik ausgelöst.

Richtig ist auch, dass alle Euroländer, auch große Euroländer und auch Deutschland eine vielleicht nicht so dramatische, aber doch erhebliche Überschuldung ihrer öffentlichen Haushalte zu verzeichnen haben. Deswegen, glaube ich, ist es falsch, die Diskussion darauf zu verengen, ob die Staatskrise, die Schuldenkrise in Griechenland jetzt eine Krise des Euros geworden ist. Ja, es stimmt, die Griechen haben die Verantwortung für ihre eigene, ich sage, desolante Lage ihrer öffentlichen Haushalte, aber dass aus dieser Krise

in Griechenland eine Krise des Euros geworden ist, dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, tragen die Griechen eben nicht die alleinige Verantwortung, sondern wir alle gemeinsam in der Eurozone und in Europa.

(Beifall bei der CDU)

In dem Zusammenhang kann man natürlich darüber streiten, wie es ja auch teilweise erfolgt, ob der damalige Prozess zur Aufnahme Griechenlands in die Eurozone richtig und vernünftig gewesen ist, ob damals alles richtig gemacht worden ist. Richtig ist aber, wenn wir ehrlich mit uns und unserer eigenen Politik sind, egal, unter wessen Verantwortung in Berlin und in Bonn, dann ist die Wahrheit, dass die deutsche Europapolitik über viele Jahre und Jahrzehnte auch von nationalen Interessen geprägt und beeinflusst worden ist. Natürlich sind wir immer überzeugte Europäer gewesen, aber auf dem Weg dorthin haben wir auch immer sehr intensiv unsere nationalen Interessen gewahrt.

Es war, als Griechenland in die Eurozone aufgenommen war, vielleicht im Nachhinein betrachtet ein Fehler, sich nicht genauer anzuschauen, wie die Verschuldung und die wirtschaftliche Situation Griechenlands ist. Vielleicht war es auch ein Fehler, anders als früher, nicht auf den Rat von Experten und Weisen zusätzlich zu hören, bevor die damalige rot-grüne Regierung der Aufnahme Griechenlands in die Eurozone zugestimmt hat, und vielleicht war es auch falsch, dass die rot-grüne Regierung aus nationalem Interesse, weil sie selbst die Stabilitätskriterien des Euros nicht mehr erfüllen konnte, diese Stabilitätskriterien aufgeweicht hat. All das hat die Staatskrise in Griechenland nicht verursacht, aber es hat dazu geführt, dass wir keinen Schutzwall und keinen Mechanismus als gemeinsame europäische Währung und als gemeinsames Europa gegen solche einzelstaatlichen Krisen entwickelt haben.

Deswegen bleibt für mich der dritte Punkt: Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass es einen Mechanismus in der Eurozone und in Europa gibt, der uns vor solchen Staatskrisen, aber insbesondere vor der Infektion des Euros durch solche Staatskrisen in Zukunft nachhaltig schützt. Deswegen macht es auch aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion überhaupt keinen Sinn, die Diskussion darauf zu verengen, ob Griechenland nun insolvent gehen und aus der Eurozone ausscheiden muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist das Problem der Krisenanfälligkeit des Euros nicht gebannt. Es würde dazu führen, dass bei der nächsten staatlichen Krise eines Teilnehmerlandes der Eurozone die gleichen Mechanismen wieder greifen würden. Wenn wir etwas aus der Diskussion, die wir jetzt haben, lernen wollen, dann muss es erstens sein, dass wir ein Neuverschuldungsverbot für alle Staaten innerhalb Europas und der Eurozone verbindlich miteinander ver-

(C)

(D)

- (A) abreden müssen. Es muss europaweit mit einer solchen Verschuldungspolitik Schluss sein.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens, wir brauchen einen Mechanismus, der das offenlegt, und wir brauchen eine Möglichkeit, auch frühzeitig darauf zu reagieren. Deswegen bin ich anders als meine Vorredner der festen Überzeugung, dass es keine schnellen und auch keine einfachen Antworten auf diese Krise gegeben hat. Wer jetzt den Eindruck vermittelt, dass mit der Einrichtung oder der Schaffung von Eurobonds das Problem gelöst wäre, meine Damen und Herren, der täuscht! Damit gewinnt man auch nur Zeit, die man sich teuer erkauft.

Wir müssen über Mechanismen reden, durch die wir in Zukunft überhaupt nicht in die Lage geraten, in der wir heute sind. Das ist meine feste Überzeugung, und das ist übrigens auch die Aufgabe des nächsten Schrittes nach dem Euro-Rettungsschirm, der uns ja nur Zeit gibt, die grundlegenden Fragen zu lösen. Es wird die Aufgabe sein, Mechanismen zu entwickeln, die erstens dazu führen, dass so etwas in Zukunft vermeidbar ist und uns zweitens auch in die Lage versetzen, dass es auch am Ende entsprechend solidarisch innerhalb der Europäischen Union gelöst wird.

- (B) Solche Prozesse, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind schwierig, und sie gelingen nicht über Nacht, und einfache, wechselseitige Schuldzuweisungen helfen uns nicht weiter. Der Friedensnobelpreisträger und langjährige frühere Bundeskanzler Willy Brandt hat einmal gesagt: Mit den europäischen Verhandlungen ist es so wie mit dem Liebesspiel von Elefanten. Alles findet auf hoher Ebene statt, wirbelt viel Staub auf, und es dauert lange, bis etwas dabei herauskommt, und deswegen gibt es eben nicht die schnelle Antwort auf die Krise.

Ich kann uns nur alle ermuntern, auch in unserem eigenen Interesse als überzeugte Europäer, in unserem eigenen Interesse als ein Land, das immer von der wirtschaftlichen Stärke des Euros und der Eurozone profitiert hat, als zwei Städte, die von Internationalität und Exportabhängigkeit viel ihres Wohlstands selbst aus diesen Bereichen erwirtschaften, mit Augenmaß vorzugehen und für Europa die richtigen Entscheidungen zu treffen, damit Europa auch in Zukunft ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand und die gemeinsame europäische Währung ein stabiler Anker für den Handel innerhalb Europas und von Europa ist und damit wir am Ende in der Lage sind, solche Situationen wie die derzeitige mit einem transparenten, wirkungsvollen und am Ende erfolgreichen Mechanismus zu bewältigen. Das wird unsere gemeinsame Aufgabe sein.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion begrüßt daher sehr, dass es im Deutschen Bundestag morgen eine brei-

te Mehrheit, nicht nur von CDU und FDP, sondern auch von SPD und Grünen, für den Rettungsschirm geben wird, und wir begrüßen auch ausdrücklich, dass der Senat beschlossen hat, sich am Freitag im Bundesrat auch an dieser Debatte zu beteiligen und insbesondere dem Rettungsschirm zuzustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein bisschen überrascht, dass nun eine Debatte der staatstragenden Erklärungen vorweggeht und wir nicht im Wesentlichen darüber diskutieren, was jetzt eigentlich morgen auf der Tagesordnung im Bundestag steht und welche Probleme es damit möglicherweise gibt. Ich kann dem durchaus etwas hinzufügen – ich nehme Herrn Dr. Kuhn ausgesprochen aus, er hat eigentlich einen guten Aufschlag für die Debatte gemacht, aber wir sind jetzt bei den Bekenntnissen –: Ich bin sehr froh darüber, dass die CDU ein Europa des Friedens, des sozialen Fortschritts und der Demokratie will. Das sind Ziele, die wir teilen. Wir wollen auch ein Europa ohne Grenzen, aber dieses friedliche Europa, dieses Europa der sozialen Perspektiven und ohne Grenzen wird es in einem Europa ohne Regeln nicht geben.

Wir haben jetzt ein Europa, das Krieg führt, wir haben jetzt ein Europa des Sozialdumpings, wir haben jetzt ein Europa der ruinösen Konkurrenz einzelner Staaten untereinander innerhalb eines vermeintlich gemeinsamen Projektes. Wir haben ein Europa der Privatisierung, eines der Entmachtung von Staaten und des Demokratieverlusts. Deswegen wird ein Europa ohne Regeln nicht funktionieren.

Wir brauchen Regeln, wir brauchen soziale Regeln, wir brauchen ganz dringend gemeinsame soziale Standards und einen gemeinsamen Mindestlohn in Europa. Wir brauchen dringend Regeln – das wurde schon gesagt – für die Eindämmung der Finanzmärkte, wir brauchen dringend gerechte Steuern in Europa und so etwas wie einen europäischen Länderfinanzgleich.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen einmal konkret zu dem kommen, was morgen auf der Tagesordnung steht! Morgen soll ein europäischer Stabilitätsmechanismus beschlossen werden. Der Vorteil daran, Abgeordneter zu sein, ist, dass man oft in die Situation kommt, innerhalb von zwei Tagen Experte für alle erdenklichen Dinge sein zu müssen, und ich habe auch versucht, mich entsprechend dem, was innerhalb von zwei Tagen an

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Informationen zugänglich ist, so schlau wie möglich zu machen. Ich habe Folgendes gelernt: Der europäische Stabilitätsmechanismus soll so etwas werden wie eine Bad Bank, also eine böse oder eine schlechte Bank, mit ungefähr 700 Milliarden Euro Kapital sein, wovon sie in irgendeiner Weise 620 Milliarden Euro zur Verfügung hat, um in Not geratenen Ländern zinsgünstige Kredite zu geben oder deren Staatsanleihen, die auf dem normalen Markt nichts mehr wert sind, in irgendeiner Weise zu kaufen. Das ist eine Menge Geld, und es ist der Sinn dieser Übung, diesen Ländern tatsächlich kurzfristig aus ihrer unangenehmen Lage zu helfen. So weit ist das auch erst einmal nachvollziehbar.

Ich finde es schwierig, dass diese Hilfe daran geknüpft ist, dass diese Länder zu sogenannten Sparpaketen gezwungen werden, die im Wesentlichen auf die Reduzierung des öffentlichen Dienstes, Sozialdumping, Privatisierung und auch die Aufkündigung von sozialer Daseinsvorsorge hinauslaufen. Das finde ich schwierig bei dieser Übung, und das hat zunächst nichts mit Hilfe zu tun, sondern es ist oftmals an der Grenze der Erpressung.

Es gibt ein Beispiel, das ich bezeichnend fand. Wer den „Spiegel“ zu diesem Thema gelesen hat, kennt dieses Beispiel schon: In Griechenland gab es 34 000 Lizenzen für Lkw-Fahrer. Diese wurden in der Vergangenheit immer vom Vater auf den Sohn vererbt und waren so etwas wie ein Familieneinkommen und eine Altersvorsorge gleichzeitig.

(B) Jetzt hat die Europäische Union gesagt: Ihr bekommt Hilfen, wenn Ihr diese Dinge aufkündigt und mehr Lizenzen verteilt. Das ist zunächst erst einmal gar nicht so unlogisch, weil natürlich möglicherweise mehr als 34 000 Lkws gebraucht werden. Wenn damit aber gleichzeitig für 34 000 Familien die aktuelle Existenz und die Altersversorgung gefährdet sind, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Lkw-Fahrerinnen und Lkw-Fahrer sagen, nein, das wollen wir nicht so gern, und erst einmal ihren Betrieb schließen. Man muss dann Lösungen finden, die das eine tun, aber nicht den ganzen Berufsstand ins Elend stürzen. Wenn das der Mechanismus eines europäischen Stabilitätsmechanismus ist, finde ich das ausgesprochen kritikwürdig.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie soll es denn gehen?)

Es gibt verschiedene Risiken in diesem Zusammenhang. Ein Risiko sehe ich darin, dass dieser europäische Stabilitätsmechanismus im Wesentlichen eine Umverteilung ist. In der Vergangenheit trug das Risiko, auch für Staatsanleihen, die möglicherweise nicht werthaltig sind, die Bank oder der private Investor, das Unternehmen oder wer auch immer diese Anleihen gekauft hat. Im Wesentlichen waren es private Unternehmen oder Investoren oder Unternehmen, die sich darauf spezialisiert hatten. Platzte diese Staats-

anleihe – das war sehr unwahrscheinlich –, dann lag das Risiko bei denen, die diese Anleihen gekauft hatten.

(C)

Jetzt ist es so: Jetzt steigt das Risiko, dass sie tatsächlich einmal platzen, jetzt kommt der europäische Stabilitätsmechanismus und sagt, eigentlich kein Problem, wir übernehmen einerseits möglicherweise schlechte Staatsanleihen, andererseits geben wir zinsgünstiges Geld zum Beispiel nach Griechenland, damit sie die Ansprüche und Forderungen ihrer Schuldner befriedigen können, und dieser europäische Stabilitätsmechanismus garantiert sozusagen diese Form von Schulden. Damit ist das Risiko in der Tat auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der anderen Länder, auch der Griechen im Übrigen, aber im Wesentlichen Deutschland, Frankreich und der ökonomisch starken Länder umverteilt.

Die Frage ist, und das wurde schon begründet: Ist das ein hinnehmbares Risiko? Ich sage deutlich, unter Umständen ja, weil es in der Tat so ist, dass die Folgen, etwas nicht zu tun, schwieriger sein können als das, was man jetzt hat oder was man möglicherweise durch diesen europäischen Stabilitätsmechanismus bekommt. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, es ist eine Umverteilung zugunsten oder zuungunsten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in diesem Land. Wir sichern damit unter anderem Wucherzinsen ab, das heißt, die Zinsen für Staatsanleihen für Griechenland sind in den letzten Tagen und Wochen in einer Weise gestiegen, dass sie sich sehr weit von dem entfernt haben, was die Käuferinnen und Käufer von deutschen Staatsanleihen für Zinsen bezahlen müssen.

(D)

Das nächste Risiko ist – das hat die Kollegin Hiller schon erläutert –: Der griechische Staat ist in einer Situation, in der die Schulden so hoch sind, dass selbst zinsgünstige Kredite, die wir über den europäischen Stabilitätsmechanismus möglicherweise nach Griechenland geben, die Verschuldungsspirale und die Schuldenfalle nicht auflösen, weil sie überhaupt nicht in der Lage sind, in irgendeiner Weise – selbst, wenn sie sämtliche Staatsausgaben auf den Prüfstand stellen – diese Schulden zurückzuzahlen. Es ist ein systemisches Problem mit dem europäischen Stabilitätsmechanismus, für den man eine Lösung suchen muss.

Wir sagen also: Der jetzt vorliegende Entwurf ist keine Lösung. Wir sind der Meinung, dass zum Beispiel ohne einen Schuldenerlass für Griechenland dieses Gesetz zum morgigen Zeitpunkt so nicht verabschiedet werden sollte, denn das Problem ist, wenn wir das erst einmal so beschließen, ohne viele andere Dinge, die hier auch schon richtigerweise gefordert sind, wirklich ernsthaft anzugehen, dann laufen wir ernsthaft Gefahr, dass es wieder ein Jahr oder zwei Jahre dauert, bis die Not wieder so groß geworden ist, dass man wieder in eine Situation kommt, in der man unter Umständen einmal Entscheidungen trifft. Das wollen wir nicht abwarten. Berechtigterweise muss man jetzt handeln, und deswegen sind wir eher

- (A) der Meinung, dass man diesen europäischen Stabilitätsmechanismus morgen noch nicht beschließen sollte, sondern dass er dringend einer Erweiterung bedarf, unter anderem um einen Schuldenerlass.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Alle oder nur ein paar, oder was?)

Es gibt einen Aufruf – der Kollege Dr. Kuhn fragt, alle oder ein paar –, den, glaube ich, zehn namhafte Ökonominen und Ökonomen unterschrieben haben. Ich habe ihn dort liegen, es sind wirklich namhafte europäische Experten dabei, die sagen: Wir brauchen 50 Prozent Schuldenerlass für Griechenland und den europäischen Stabilitätsmechanismus. Die Frage ist: Wird das morgen gemeinsam so beschlossen? Meiner Meinung nach nicht, und wenn nicht, dann muss man meiner Meinung nach darüber noch einen Augenblick nachdenken!

Das Zweite ist, und ich sage es hier noch einmal – ich bin an dieser Stelle in diesem Hause für diese Äußerung diverse Male ausgelacht, verspottet und für unklug bezichtigt worden –: Es ist nach wie vor so, dass nicht ausschließlich zumindest, sondern zum überwiegenden Teil, nicht die Schulden das Problem sind, sondern dass wir ein ökonomisches Problem mit anwachsendem privatem Reichtum haben.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Es ist eine ökonomische Binsenweisheit, dass es dort, wo es Schulden gibt, auch Forderungen gibt, und dort, wo es Forderungen gibt, Zinseinkünfte gibt, und dort, wo es Zinseinkünfte gibt, Guthaben vorhanden sind. Mittlerweile hat der private Reichtum auch in Deutschland eine Größenordnung erreicht, würde man ihn besteuern, wäre es deutlich leichter, unsere eigene Verschuldung und die Verschuldung Griechenlands in irgendeiner Weise aufzulösen.

Wir reden immer über eine Schuldenkrise, ich glaube, in Wahrheit haben die demokratischen Staaten in Europa, in den USA und möglicherweise auch in Japan eine permanente Krise der nicht auskömmlichen steuerlichen Einnahmen, die sie durch weitere Kürzungen, durch weiteres Sparen, durch weiteres Reduzieren staatlicher Aufgaben keinesfalls in nächster Zeit in irgendeiner Weise in den Griff bekommen.

Es ist absurd! Seit Jahren werden Steuererleichterungen versprochen. Diese Steuererleichterungen waren ja in aller Regel kreditfinanziert, weil man sagt, wenn wir die Steuern senken, dann boomt die Wirtschaft. Die Wirtschaft hat geboomt, aber dadurch, dass die Steuern so niedrig waren, sind sie nicht im ausreichenden Maße zurückgeflossen, und diejenigen, die das Geld über Steuererleichterungen bekommen haben, waren in der Lage, Staatsanleihen zu kaufen und bekommen jetzt für diese gesenkten Steuern sogar noch Zinsen. Das ist meines Erachtens an Absurdität überhaupt nicht zu überbieten.

Deswegen bin ich der Meinung, dass man in diesem Zusammenhang sehr wohl über die Regulierung der Finanzmärkte reden muss, aber im Wesentlichen auch über europaweit gerechte Steuern auf Vermögen, auf hohe Einkommen, Erbschaften und hohe Gewinne. Ansonsten löst man diese systemische Krise dieses Europas nicht, weil es eben nicht ausschließlich eine Schuldenkrise ist, sondern im Wesentlichen eine Krise der öffentlichen Einnahmen.

Ich melde mich dann noch einmal zu Wort. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit bisher!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Timke.

Abg. **Timke** (BIW): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Morgen wird der Bundestag endgültig über den reformierten Europäischen Rettungsschirm, EFSF, abstimmen, der dann ab Mitte 2013 in den dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus umgewandelt wird. Wir BÜRGER IN WUT sprechen uns ausdrücklich gegen den Rettungsschirm aus, gegen das Rettungspaket, denn es stellt keine dauerhafte Strategie zur Lösung der Schuldenkrise dar. Vielmehr bringen die geplanten Maßnahmen Risiken in Milliardenhöhe für Deutschland mit sich. Ich komme jetzt noch im Einzelnen darauf.

Die Summen für das geplante Rettungspaket sind gigantisch. Um das effektive Kreditvolumen von 440 Milliarden Euro zu ermöglichen, wurden die Garantien der 17 beteiligten Länder von 440 auf 780 Milliarden Euro aufgestockt. Der deutsche Garantanteil am Rettungspaket steigt damit von 123 auf 211 Milliarden Euro. Doch das dürfte erst der Anfang sein. Wenn auch große Euro-Länder wie Spanien oder Italien in eine finanzielle Notlage geraten, muss das Gesamtvolumen vervierfacht werden, um den Untergang der Gemeinschaftswährung zu verhindern. Weil zuletzt auch Italien als drittgrößte Volkswirtschaft Europas wegen seines hohen Staatsdefizits in den Fokus der Finanzmärkte geraten ist, hat die Europäische Zentralbank bereits eine Verdoppelung des Rettungsschirms auf 1,5 Billionen Euro gefordert.

Meine Damen und Herren, morgen wird der Bundestag nicht nur über die umstrittene Erhöhung, sondern auch über die Ausweitung der Aufgaben des Rettungsschirms abstimmen. Demnach soll der Europäische Rettungsschirm die ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel einsetzen, um marode Banken zu stützen. Was heißt das im Klartext? Das heißt, Deutschland muss dann auch offiziell für ausländische Kreditinstitute einstehen, die sich bei der Zockerei mit hoch rentablen Staatsanleihen verspekuliert haben und deshalb in eine finanzielle Notlage geraten sind. Außerdem kann der Rettungsschirm Schuldverschreibungen direkt von angeschlagenen Staaten abkaufen, um ihnen neue Liquidität zur Deckung ihrer Verbindlichkeiten zu verschaffen.

(C)

(D)

(A) Damit wird de facto eine Transferunion in der Eurozone geschaffen, denn das Geld für diese Käufe kommt von den reichen Mitgliedsstaaten, wie zum Beispiel Deutschland, und fließt durch den Erwerb der Anleihen über den Rettungsschirm in die Schuldenstaaten, wie zum Beispiel Griechenland und Portugal. Sollten die Staatsanleihen Griechenlands bei einer auch formalen Insolvenz des Landes ganz oder teilweise wertlos werden, wird das die Bilanz der Europäischen Zentralbank so stark belasten, dass sie ihrerseits Insolvenz anmelden muss.

Die Europäische Zentralbank hält derzeit Anleihen überschuldeter Eurostaaten im Wert von etwa 130 Milliarden Euro, davon circa 50 Milliarden Euro allein aus Griechenland. Um diese Insolvenz dann zu verhindern, müsste die Europäische Zentralbank von ihren Mitgliedern rekapitalisiert werden, sprich, es wäre Geld nachzuschießen. Deutschland ist am Kapital der Europäischen Zentralbank, bezogen auf die Staaten der Eurozone, mit 27 Prozent beteiligt, das heißt, es ist klar, wer dann die Zeche zahlt. Das sind dann die Steuerzahler in Deutschland.

(B) Darüber hinaus hat die Deutsche Bundesbank sogenannte Target-Forderungen gegenüber der Europäischen Zentralbank, die aus Leistungsbilanzdefiziten hoch verschuldeter Eurostaaten wie Griechenland, Irland und Portugal gegenüber Deutschland resultieren. Diese Forderungen der Deutschen Bundesbank beliefen sich bis Ende März auf 323 Milliarden Euro. Bricht das europäische Finanzsystem zusammen, wird der daraus resultierende Ausfall der Target-Forderungen auch die Deutsche Bundesbank in den Abgrund reißen. Für diese Verluste stehen dann ebenfalls nur die deutschen Steuerzahler zur Verfügung. Die Dimension der Finanzkrise ist also weitaus größer, als von der Bundesregierung zugegeben.

Meine Damen und Herren, finanzstarke Mitgliedsstaaten in Europa müssen im Ergebnis für die Verbindlichkeiten von Euro-Ländern geradestehen, die schlecht gewirtschaftet oder über ihre Verhältnisse gelebt haben. Das verstößt gegen die europäischen Verträge, die die Nichtbeistandsklausel – also die Haftung für Verbindlichkeiten einzelner Eurostaaten durch die Europäische Union oder ihre Mitglieder – explizit ausschließen. Die Nichtbeistandsklausel war eines der zentralen Versprechen der deutschen Politik bei Einführung des Euro. Dieses Versprechen, das bereits durch die Hilfen für Griechenland, Irland und Portugal gebrochen worden ist, wird mit dem Euro-Rettungsschirm endgültig ad acta gelegt.

Die Verpflichtungen in Höhe von 211 Milliarden Euro, die Berlin auf EU-Ebene eingegangen ist, bergen erhebliche Gefahren für den deutschen Haushalt. Zum Vergleich: Die Haushaltsplanungen des Bundes für 2011 sehen Einnahmen von etwa 300 Milliarden Euro vor. Die Politik setzt also große Teile des deutschen Steueraufkommens für die Staatsschulden maroder Euro-Staaten ein. Kommt es dann tatsächlich zu Zahlungsausfällen, die zumindest mit Blick auf Griechen-

land sehr wahrscheinlich sind, sind weitere Sparmaßnahmen in Deutschland und damit Einschnitte bei den öffentlichen Leistungen unabwendbar. Gleichzeitig wird die Neuverschuldung steigen, und das erhöht die Zinslast des Bundes. Weil Kapital, das als Darlehen in angeschlagene Euro-Staaten fließt, nicht für Investitionen im eigenen Land zur Verfügung steht, wird das Wirtschaftswachstum abgeschwächt. Das bedeutet weniger Arbeitsplätze und geringere Einnahmen bei Steuern und Sozialabgaben.

Mit dem Euro-Rettungsschirm kommen auf Deutschland Risiken in Milliardenhöhe zu, die nicht nur heutige Steuerzahler, sondern auch zukünftige Generationen belasten werden. Wir BÜRGER IN WUT sind deshalb der Auffassung, dass der Deutsche Bundestag dem Gesetz nicht zustimmen darf. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hiller.

Abg. Frau **Hiller** (SPD)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Timke, Sie sind im Europaausschuss. Ich dachte immer, dass Sie von Europa durchaus ein positives Bild haben. Das, was Sie jetzt hier gesagt haben, zeigt, welche Auffassung BÜRGER IN WUT wirklich haben. Es sind Anti-Europäer, die sagen: Wir wollen eigentlich gar nichts machen, denn das, was jetzt passiert, wird alles schlimm, Politik kann nicht gestalten, und deswegen halten wir uns da heraus und lehnen alles Weitere ab.

(Abg. **T i m k e** [BIW]: Ich muss nicht allem zustimmen!)

Ich kann nicht verstehen, welche Stimmung Sie hier darlegen, nachdem sich hier heute alle Fraktionen bemüht haben, ernsthaft mit diesem Thema umzugehen. Sie skizzieren eigentlich nur ein Szenario und diesen – ich nenne das einmal – Kasinokapitalismus, der sich immer weiter ausdehnt, dem wir entgegenzustehen versuchen und auch um Einheit zu erreichen. Ich verstehe an dieser Stelle Ihren politischen Gestaltungswillen überhaupt nicht. Dann kann man eigentlich einpacken und gehen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich hatte mich eigentlich gemeldet, um auch noch einmal auf Herrn Röwekamp einzugehen, der etwas zu Griechenland, der Staatskrise und der Überschuldung gesagt hat. Die Frage ist natürlich: Damals, als Griechenland der Europäischen Union beigetreten ist, hatte da nicht Deutschland ein nationales Interesse am Beitritt, damit der Export und die Wirtschaft besser funktionieren? Es ist sicherlich bekannt, dass

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) es Schwierigkeiten gab, aber es waren nicht alle Griechen, sondern es waren bestimmte Familien – das kann man überall lesen –, die sich über Korruption das Vermögen zugesichert und keine Verantwortung für den gesamten Staat übernommen haben. Deswegen ist diese Überschuldung auch immer stärker geworden.

Wir können doch nicht erwarten, dass Griechenland die gleiche volkswirtschaftliche Strategie wie Deutschland wählt. Griechenland ist kein Exportland, wir hingegen schon. Wir exportieren 60 Prozent der Waren allein in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Das kann Griechenland gar nicht machen. Wir freuen uns und können dort einen Urlaub verbringen, wir finden das alles ganz prima. Jetzt kann man lesen, dass sogar die Kanzlerin und ihr Vizekanzler gemeinsame Sängerkünste haben, Udo Jürgens hat damals auch vom griechischen Wein gesungen. Man muss das doch genau und differenziert darstellen und kann nicht sagen, die Griechen sind selbst schuld, deswegen müssen sie hart sparen. Das schaffen sie gar nicht. Sie, Herr Röwekamp, wissen ganz genau, dass sie das aus eigener Kraft gar nicht schaffen werden.

(B) Wenn man das historisch betrachtet – ich habe vorhin darauf verzichtet, das ist das, was Herr Dr. Kuhn schon dargestellt hat –, muss man den Vertrag von Maastricht nehmen. Damals wurde darüber debattiert, wie stark wird Europa zusammengehen. Jaques Delors hat sehr stark dafür gewirkt, dass wir eine noch stärkere Union werden. Das war nicht gewollt. Es war ein ganz klares Anliegen, einen wirtschaftlichen Binnenmarkt und Zusammenschluss zu erreichen, ohne die anderen Dinge auszuschlagen. Wenn man schon damals gesagt hätte, wir wollen auch die Finanzen einschließen und zu einer wirklichen Union wachsen, auch zu einer sozialen, dann wären vielleicht manche Dinge, die jetzt auf dem Tisch liegen, so nicht geschehen.

Einen letzten Punkt, den ich mir notiert habe: Ging alles zu schnell? Sind wir zu langsam? Ich meine, es zeigt sich zurzeit an anderen Stellen. Die Europäische Zentralbank handelt. Die Europäische Zentralbank ist nicht demokratisch legitimiert, sie macht eigentlich keine Politik und wird aber gezwungen, die Politik, die von den Regierungen – auch von der Bundesregierung – nicht vorhanden ist, zu kompensieren. Ich glaube, es geht nicht mehr um Schnelligkeit, sondern um konsequentes und umfassendes Handeln. Man kann über die verschiedenen Maßnahmen streiten, aber es ist ein großer Handlungsbedarf gegeben.

Als Letztes hatte ich angekündigt, dass ich eine ein bisschen weitergehende Perspektive für Europa darstellen will. Herr Rupp hat bereits einiges vorweggenommen, aber das ist in Ordnung. Ich will das trotzdem an dieser Stelle erwähnen, weil ich es wichtig finde.

Die Thematik ist nicht nur als wirtschafts- und finanzpolitische Debatte anzusehen, sondern es ist in

der Tat richtig, wenn wir finanziell stabil, wirtschaftlich erfolgreich sein und die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen wollen, dass man sie informiert. Das funktioniert nämlich zurzeit überhaupt nicht.

Heute musste Bundesfinanzminister Schäuble vorgeladen werden, um überhaupt einmal zu berichten, wie die weitergehenden Planungen sind, um welchen Rettungsschirm es sich handelt und so weiter. Von der Bundesregierung wird keine gute Informationspolitik gemacht. Wenn man stabil und wirtschaftlich erfolgreich sein will, dann muss man die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und ihnen auch eine Vision Europas darstellen. Ich glaube, dazu gehört die soziale Fortschrittsklausel, die im europäischen Primärrecht verankert werden muss. Diese Klausel bedeutet, dass nicht nur die ökonomischen Grundfreiheiten festgeschrieben werden und einen Vorrang genießen, sondern dass wir auch soziale Grundrechte brauchen.

Das Weitere ist – es ist soeben schon angeklungen – die Stabilitätsstrategie für Wachstum und Beschäftigung. Ich sage das jetzt noch einmal, das Geld, die Kredite, die in Griechenland zur Verfügung stehen, sollen abschirmen, sie werden aber die Verschuldung nicht lösen, deswegen brauchen wir für die Mitgliedsstaaten eine Stabilitätsstrategie, die zu Beschäftigung, zum Wohlstand für alle führt und für soziale Gerechtigkeit sorgt. Die bisherigen regionalen Fonds und Strukturfonds sind da richtig, aber nicht ausreichend. Wir müssen über ergänzende Mechanismen, auch im Bereich des Steuerrechts, das wurde hier bereits erwähnt, noch weitere Dinge machen. Ich hoffe, dass das viele erkennen.

(Glocke)

Das Letzte ist die soziale Perspektive! Auch da geht es um die Mindestlöhne, um gute Löhne, die jeweils an den Durchschnittseinkommen in den Staaten und an Standards für soziale Leistungen orientiert sind, damit wir zukünftig ein soziales und demokratisches Europa haben werden – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein bisschen darüber betrübt, dass diese Aktuelle Stunde, die das Ziel verfolgt, sich gegen Populismus auszusprechen, in der Debatte diesen Populismus erzeugt. Herr Rupp, auch wenn es nur in einem Nebensatz war, ich lege Wert auf die Feststellung, dass sich Europa nicht im Krieg befindet, mit niemandem.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

- (A) Einmal eben so zu tun, als ob wir auch eine militärische Union seien, finde ich, schadet dem gemeinsamen Ansinnen Europas, und deswegen will ich dem an dieser Stelle energisch widersprechen.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt übrigens auch, Herr Timke, für Ihre Rede, weil es natürlich so ist, dass mit dem ersten, mit dem zweiten und morgen vielleicht auch mit dem dritten Rettungsschirm für uns Deutsche Risiken verbunden sind. Ich meine, immer dann, wenn man für Kredite anderer bürgt und Rettungsschirme aufspannt, ist dies natürlich mit Risiken verbunden. Die Frage, was passiert, wenn wir das nicht machen würden, beantworten Sie aber nicht.

Natürlich weiß jeder, der den „Spiegel“ und den „Fokus“ und so weiter diese Woche gelesen hat, dass 75 oder 80 Prozent dagegen sind, den Rettungsschirm zu erweitern. Sie sind dagegen, dass wir den Griechen helfen, und die Mehrheit ist auch der Auffassung, wir sollten sie aus der Eurozone ausschließen, vielleicht sogar aus der Europäischen Union. Mit diesem blanken Populismus aber, indem man Stimmungen hinterherläuft, macht man keine Europapolitik.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Europapolitik hat sich von Konrad Adenauer über Helmut Schmidt bis hin zu Helmut Kohl immer dadurch ausgezeichnet, dass man eben nicht den leichten Schwankungen unterworfen ist, sondern einen europäischen Kurs trotz aller Anfeindungen und trotz gegenteiligem Populismus immer beibehalten hat. Ich kann uns nur ermahnen, dies auch in Zukunft zu tun und nicht dem Populismus hinterherzulaufen, Herr Timke, wie Sie es getan haben. Damit ist der deutschen Nation im Übrigen genauso wenig geholfen wie den Bremerinnen und Bremern, die von dem Wohlstand der gemeinsamen Währung und dem Frieden viele profitable Vorteile haben, aber nicht nur auf Deutschland bezogen, sondern im Sinn Europas. Es liegt im deutschen und bremischen Interesse, dass wir diese Krise überwinden. Das ist die Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

(Beifall bei der CDU)

Man kann sich über den Weg streiten, und man kann sich darüber streiten, Frau Hiller, das habe ich ja auch gesagt, ob es damals richtig oder falsch war, Griechenland aufzunehmen oder nicht, aber das ist ja nicht die entscheidende Frage. Die entscheidende Frage für mich ist, dass man jetzt erkennt, dass man einen Fehler gemacht hat. Der fundamentale Fehler liegt für mich nicht in der bedenkenlosen Aufnahme Griechenlands in die Eurozone, sondern darin, dass man nicht gleichzeitig mit der gemeinsamen

Währung eine gemeinsame Finanz- und Stabilitätspolitik verabredet hat, das ist der fundamentale Fehler.

(C)

Europa hat natürlich immer etwas mit Geld zu tun gehabt. Die Wurzeln Europas liegen sozusagen im wirtschaftlichen und monetären Interesse, weil die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl als Montanunion und als Vorläufer der Europäischen Union nur wirtschaftliche und fiskalische Ziele miteinander verfolgt hat. Wir haben auch in der Zeit, als wir noch keine gemeinsame europäische Währung hatten, den Umstand gehabt, dass die Bundesbank fast wöchentlich Stützungskäufe gegen andere Währungen tätigen musste, damit die Währungsverhältnisse miteinander stabil waren. Das war damals auch schon sozusagen europäische Währungspolitik. Deswegen hat Europapolitik immer etwas mit Währungspolitik zu tun gehabt.

Wir haben bisher aber nicht den Mut und die Kraft gehabt und auch unseren nationalen Egoismus und den aller Mitgliedsstaaten nicht überwunden, um der europäischen Währung gemeinsam Leitplanken für Stabilität und Werthaltigkeit zu geben. Die Krise mit Griechenland hat uns jetzt auf das Problem aufmerksam gemacht hat, dass es die vordringliche Aufgabe der Europapolitik ist, nicht nur den Übergang jetzt zu einem solchen Mechanismus morgen und übermorgen im Bundestag und Bundesrat zu schaffen, sondern dafür zu sorgen, dass es auf Dauer eine europäische Finanz- und Stabilitätspolitik gibt, die eine Wiederholung eines solchen Szenarios unmöglich macht. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

(D)

Ich will dann noch etwas zu dem, was man hätte schon tun oder lassen können, sagen. Wir sind uns ja wohl alle einig, dass die Botschaft, es gibt eine europäische Finanzmarkttransaktionssteuer, eine gute Botschaft ist. Ich möchte nur daran erinnern, dass der Konflikt in Deutschland darin bestand, dass Teile der deutschen Politik schon einmal gefordert haben, sozusagen eine deutsche Finanzmarkttransaktionssteuer zu beschließen. Dass es der falsche Weg ist, zu dieser Debatte nationalstaatliche Lösungen zu finden, ist uns ja wohl auch gemeinsam klar! Es ging von Anfang an und immer darum, gemeinsame europäische Regeln zu finden und nicht in Kleinstaaterei bei solchen Themen zu verweilen. So rettet und schützt man den Euro im Übrigen auch nicht, Frau Hiller!

Die dritte Bemerkung, die ich zum Verlauf der Debatte an dieser Stelle noch machen muss, ist, es zeigt sich, Herr Rupp – bei aller Gemeinsamkeit in der Opposition –,

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Oh!)

dass sich unsere politische Verbindung darin erschöpft, diese rot-grüne Regierung zu bekämpfen. Ich habe aber heute wieder festgestellt, Herr Rupp, wir kommen dabei aus ganz unterschiedlichen Richtungen.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das geht aber allen so!)

- (A) Für die CDU geht es nämlich nicht darum, die Europäische Union in eine reine Transferunion umzuwandeln, in der diejenigen, die viel haben, denen, die wenig haben, alles geben, was sie brauchen. Ich finde es entlarvend, wenn Sie sagen, es ist falsch, die Hilfen für Griechenland an Bedingungen zu knüpfen. Ich sage, für die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung ist es substanziell, dass wir sie an Bedingungen knüpfen.

(Beifall bei der CDU)

Es macht doch überhaupt keinen Sinn – und wir Bremer wissen doch, wovon wir sprechen –, Geld in ein System zu pumpen, ohne dass sich in dem System etwas ändert. Natürlich muss sich in der griechischen Verschuldungspolitik etwas ändern, so wie sich in der Verschuldungspolitik aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und aller Teilnehmer an der europäischen Währung, den Euro-Mitgliedsstaaten, etwas ändern muss. Einfach zu sagen, wir schaufeln da jetzt Geld hin, und dann ist das Problem gelöst, Herr Rupp, so einfach, wie DIE LINKE sich die Welt macht, ist sie eben nicht,

(Zuruf des Abg. R u p p [DIE LINKE])

um dies an dieser Stelle deutlich zu sagen.

- (B) (Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Wir brauchen höhere Löhne!)

Mit höheren Löhnen ist das Problem auch nicht gelöst!

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Frau V o g t [DIE LINKE])

Es ist auch nicht die fehlende Binnennachfrage hier, die das Problem verursacht hat. Ich meine, Ihre ökonomische Kompetenz konnten Sie ja mit Ihrer Partei schon in einem ganzen Staat beweisen und sind daran gescheitert. An dieser Stelle will ich vielleicht auch noch einmal sagen, dass das nicht die richtige Lösung ist, das dürfte auf der Hand liegen.

(Glocke)

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle zum Schluss kommen! Ich sage, ich finde das, was jetzt als Erweiterung des europäischen Rettungsschirms verabredet worden ist, ist natürlich ein nationales Risiko, aber es ist für Wohlstand, Frieden, Beschäftigung und auch zur Sicherung der Zukunft der sozialen Sicherheit in Deutschland ein unumkehrbarer und aus meiner Sicht auch alternativloser Weg. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

- Präsident Weber:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn. (C)

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will als Erstes sagen, ich habe mich über die Rede und auch den zweiten Beitrag des Kollegen Röwekamp gefreut. Es war eine klare europapolitische Rede und Aussage.

Ich habe mich deswegen darüber gefreut, weil es heute in der CDU/CSU nicht mehr selbstverständlich ist, dass eine solche Rede gehalten wird. Es ist ja das Bedrohliche an der Situation, dass wir bangen, ob es morgen zu der Mehrheit kommt, denn die Rede, die Herr Timke hier vorgetragen hat, ist ja wortwörtlich so auch von Herrn Schäffler von der FDP oder von Herrn Gauweiler von der CSU zu hören. Das Problem der gegenwärtigen Bundesregierung ist doch, dass kein klarer Kurs mehr besteht. Ich freue mich über das, was Sie gesagt haben, ja, aber dieser Kurs besteht nicht mehr.

Ich habe vermisst, und darin liegt auch ein großes Problem, Herr Röwekamp, dass Sie zu den Finanzmärkten und dem, welche Bedeutung die Regulierung der Finanzmärkte hat, und dies nicht irgendwann, sondern in absehbarer Zeit, nicht Stellung genommen haben. Wir können hier noch so viele Dinge im Voraus beschließen, wir werden es nicht schaffen, diese ungeheure Macht des Geldes, die nun einmal da ist, wirklich einzudämmen, der Punkt fehlte bei Ihnen. Ich hoffe, dass es jetzt nur der Zeit geschuldet war, ich bin mir aber nicht ganz sicher. (D)

(Vizepräsidentin S c h ö n übernimmt den Vorsitz.)

Interessant ist ja, Herr Rupp, dass Sie es nicht so richtig geschafft haben zu begründen, warum DIE LINKE morgen im Bundestag nicht zustimmt. Sie haben gar nichts gegen die Erweiterung des EFSF gesagt, Sie haben nur gesagt, man müsste dies auch mit diesem und jenem verbinden, man hätte Zeit, und man müsste es noch liegen lassen.

Wir haben nicht die Zeit, es liegen zu lassen und all die schönen Dinge, die Sie wollen, auch noch mit zu beschließen. Sie müssen hier schon sagen, ja, das machen wir heute, um Turbulenzen und große Risiken zu vermeiden. Dann werden wir sicherlich debattieren, wie es weitergeht, und auch die Frage der Beteiligung von Privaten, das ist auch Teil des neuen ESM, angehen, die dort dann diskutiert und geregelt wird.

Sich aber heute aus der Verantwortung zu stehlen und zu sagen, wir stimmen dem nicht zu, das ist die Position der LINKEN, die auch etwas mit ihrer Europapolitik zu tun hat, und das haben Sie heute auch noch einmal gesagt. In Wahrheit haben Sie Ja zu Europa gesagt, wenn Europa genau so ist, wie Sie es sich vorstellen. Wenn es nicht so ist, wie Sie es sich

- (A) vorstellen, dann wollen Sie mit diesem Europa auch nichts zu tun haben, aber das funktioniert nicht.

(Zuruf von den LINKEN)

Doch, das war so! Das ist die Formulierung, die Herr Röwekamp zitiert hat, solange Europa Kriege führt, solange Europa Lohndumping hat, ist das nicht unser Europa, das haben Sie so gesagt. Ja, wir haben unterschiedliche Auffassungen über Politik hier im Land, im Bund und in Europa, da gibt es Auseinandersetzungen und Mehrheiten, aber zu sagen, wenn es nicht so läuft, wie wir es uns vorstellen, dann ist das nicht Europa, das ist ein grundlegender Fehler, den DIE LINKE immer macht, und deswegen sind Sie immer eine nicht europäische Partei, um es vorsichtig auszudrücken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich bin ganz überrascht, wie viele Griechenland-Experten es gibt. Jeder weiß ganz genau, wie es in Griechenland läuft. Sie wissen jetzt ganz genau, wie es mit den Lkw- und Taxifahrern ist. Überlegen Sie nicht, ob bei der Vererblichkeit von solchen Lizenzen vielleicht auch ein bisschen Korruption mit im Spiel ist?

- (B) (Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Ja, natürlich!)

Ach ja, doch, okay! Ich bin doch wirklich sehr verblüfft darüber gewesen, dass Sie das hier verteidigen und dass es nun das ist, was Sie am sozialen Griechenland erhalten wollten. Mit der Gewissheit, dass wir glauben zu wissen, Griechenland schafft es sowieso nicht, würde ich ein bisschen vorsichtig sein.

Von Ländern wie Argentinien und Brasilien hat man das vor zehn Jahren auch gesagt. Es war ein ganz harter Weg, aber schauen Sie sich jetzt bitte schön an, wie diese Länder dastehen. Es war auch mit Umschuldung verbunden, selbstverständlich. Es gab eine Reihe von Maßnahmen, bei denen der IWF natürlich auch mit Bedingungen beteiligt war, das ist doch vollkommen klar. Heute aber schon zu sagen, sie schaffen es nie, halte ich für gefährlich. Irland ist auf dem besten Weg, sich wieder aufzuraffen, das hätte man vor einem Jahr auch nicht gedacht. Man sollte also ein bisschen vorsichtig sein.

Natürlich müssen sich diejenigen auch selbst beteiligen, das gilt für das Land Bremen, das gilt für Griechenland, und das gilt für Irland. Einfach sozusagen einen Blankoscheck ausstellen, kann überhaupt keine Politik sein. Für eine solche Politik würden wir in Deutschland auch keinerlei Unterstützung und Akzeptanz bekommen.

Das Letzte, Herr Timke, das war sozusagen der Klassiker: Die Europäische Union, die europäische

Integration, die Verflechtung, die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die Freiheiten sind alles Dinge, die wir tagtäglich von ihren positiven Seiten erfahren. Ja, das Problem ist, niemand rechnet sie zusammen, das kann auch niemand zusammenrechnen. Es gibt keine Zahl, die besagt, so und so viele Milliarden Euro Nutzen haben wir von der Europäischen Union.

Die Rechnung aber, die Sie aufmachen – Sie wollen gern alles haben, Deutschland soll selbstverständlich von allen Märkten profitieren können, aber wenn es darum geht, auch für die Gemeinsamkeit einzustehen, dann kommen die großen Rechnungen und Risiken –, geht eben nicht, das ist Populismus. Das darf man wirklich nicht durchgehen lassen, egal, ob von Timke, Gauweiler oder Schäffler. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU – Abg. Röwekamp [CDU]: In den Schlussapplaus wollten wir eigentlich nicht einstimmen, ich dachte Sie reden weiter!)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE *): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Kuhn, wenn ich das Europa, das wir zurzeit vorfinden, kritisiere, heißt es überhaupt nicht, dass ich gegen Europa bin. Ich gestehe freimütig, ich mache Politik, damit es ein friedliches, soziales, demokratisches und gleichberechtigtes Europa wird. Ich stelle fest, an vielen Stellen ist es nicht der Fall. Dies ist trotzdem kein Bekenntnis gegen Europa, sondern formuliert eine politische Aufgabe, der sich DIE LINKE stellt.

Im Übrigen führen Deutschland unter anderem in Afghanistan, und Frankreich, im Irak und an ganz vielen Stellen der Welt, Krieg. Man kann es natürlich akademisch diskutieren, praktisch ist es so, dass europäische Staaten und Europa an vielen Stellen der Welt in sogenannte bewaffnete Konflikte – oder welche Entschuldigungen man auch immer dafür sucht – verwickelt sind, für mich befindet sich Europa im Krieg.

Es sind Vorschläge erwartet worden, wie man den Einfluss von Banken reduzieren kann, ohne dass man wieder in die Situation kommt, eine Bank retten zu müssen und vor einer aussichtslosen Situation zu stehen. Dafür gibt es ganz konkrete, praktische Vorschläge, und ich finde, man muss sie umsetzen. Es ist vorgeschlagen worden, zwischen Investmentbanken und Geschäftsbanken zu trennen und ganz bestimmte Banken wieder auf ihr Kerngeschäft zu reduzieren, nämlich dass sie Spareinlagen sammeln, den Geldverkehr organisieren und möglicherweise Finanzierungsinstrumente für kleine und mittelständische Unternehmen bereitstellen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Ich finde, das ist eine ausgezeichnete Idee, sodass sie gar nicht erst in die Versuchung kommen, bestimmte Dinge zu tun und dass letztendlich möglicherweise dort, wo Casino darin ist, auch Casino darauf steht, damit jeder, der sich auf bestimmte Dinge wie fragwürdige Zins- und Finanzgeschäfte einlässt, dies auch weiß.

Es geht darum, Transparenz für Bankengeschäfte zu organisieren. Ich bin ziemlich sicher, dass das geht. Die Sparkassen und auch die Bremer Landesbank sind dafür ein vergleichsweise gutes Beispiel, dass eine gewisse Transparenz vorhanden ist. Ich glaube, es gibt auch Mechanismen, dafür zu sorgen, dass dann, wenn es gut läuft, aus den Gewinnen der Banken auch zum Teil das finanziert wird, was man vorher an Risiken für sie eingegangen ist, um sie zu retten.

Ich bin überzeugt davon, wenn man das möchte, dann findet man dafür Lösungen, ich befürchte allerdings, dass es eine ganze Menge Leute gibt, die genau das nicht wollen. Ein Indiz dafür ist zum Beispiel, dass Herr Ackermann mittlerweile wieder ein Mitkonstrukteur des europäischen Stabilitätsmechanismus geworden ist. Wenn man aber den Bock zum Gärtner macht, dann darf man sich nicht wundern, wenn der Salat weggefressen ist, bevor man ihn ernten kann.

(B) Es wurde auch noch einmal behauptet, ich hätte gefordert, dass die Mittel aus dem europäischen Stabilitätsmechanismus bedingungslos in großen Strömen nach Griechenland fließen, weil ich die Bedingungen kritisiert habe. Das kann man natürlich machen, das ist ein ausgezeichnete rhetorischer Trick, der kaum jemandem einfällt,

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Länderfinanzausgleich ist bedingungslos!)

aber erstens habe ich gesagt, diese Bedingungen sind letztendlich ausschließlich Bedingungen des Sozialdumpings, der Reduzierung von staatlicher Verantwortung. Ich habe noch keine einzige Bedingung für irgendeinen Staat gehört, endlich gerechte Steuern zu erheben. Nehmen Sie doch solch eine Bedingung einfach einmal in einen Länderfinanzausgleich auf und nicht immer nur die anderen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Was ist denn mit der Grundsteuerdiskussion? Unsinn!)

Das Zweite ist, der Länderfinanzausgleich ist auch nicht grenzenlos. Es gibt zwischen den Bundesländern der Bundesrepublik ganz klare Regelungen, und das Ziel ist, ausgeglichene Lebensverhältnisse herzustellen. Ist das für Europa ein falsches Ziel? Ist es nicht so, dass die Tatsache, dass Bremen jetzt Nutznießer eines Länderfinanzausgleichs ist, ein Grund dafür ist, einen ähnlichen Mechanismus auch für Gesamteuropa zu überlegen? Nicht grenzenlos, nicht

vollständig bedingungslos, nicht, um Korruptionen aufrechtzuerhalten! (C)

Selbstverständlich ist das, was ich geschildert habe, eine Praxis, die fragwürdig ist, aber ich bin nicht bereit, eine fragwürdige Praxis durch eine noch fragwürdigere Praxis aufzulösen. Das heißt, wenn man Menschen ihrer Existenz beraubt, nur weil sie unter schwierigen Bedingungen leben müssen, ist es keine Rechtfertigung dafür, einfach alles zu zerstören. Also stellt sich die Frage nach einer Transferunion, ähnlich wie es der Länderfinanzausgleich abbildet. Die Frage kann ich von hier oben jetzt nicht beantworten, das müssen möglicherweise auch andere beantworten, die mit dieser Intention starten, aber diese Frage stellt sich, und ich bin mir da relativ sicher, dass man dafür eine Lösung findet.

Zum Schluss noch zwei Worte zu dem ernstesten Thema: Finanzmärkte regulieren! Für mich hat es sich durchaus gelohnt, einmal herauszufinden, was eigentlich CDS und Credit Default Swaps sind. Jetzt würde ich gern einmal fragen, wer im Hause das weiß, aber das mache ich jetzt nicht. Ich gebe zu, ich wusste es bis vor Kurzem auch nicht, jetzt weiß ich es, es sind Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen von Leuten, die gar keine Kredite aufgenommen haben.

Sie kaufen zu günstigen Bedingungen eine Kreditausfallversicherung für Staatsanleihen, ohne selbst Staatsanleihen zu besitzen. Wir haben heute gelernt, dass der Finanzmarkt ausgesprochen nervös auf Gerüchte reagiert und dass das eher ein psychologisches Problem darstellt. Wenn jetzt dieselben Leute, die in Größenordnungen von zweistelligen Millionenbeträgen und noch mehr Kreditausfallversicherungen gekauft haben, dafür sorgen, dass der entsprechende Staat kurz in Misskredit kommt, dann können sie diese Kreditausfallsversicherungen eine Woche, einen Monat oder ein halbes Jahr später zu deutlich besseren Bedingungen, als sie sie selbst eingekauft haben, wieder verkaufen, ohne dass sie sie jemals dafür benutzt haben, wofür sie eigentlich gedacht sind. (D)

Das ist sozusagen Casino, und ich finde, das ist eines der Dinge, die man verbieten muss. Wir müssen meines Erachtens den Leerverkauf von Aktien verbieten, wir brauchen ein Verbot und zumindest eine deutliche Regelung für Hedgefonds.

Es gibt noch ein paar andere Dinge mehr, über die wir diskutieren müssen, denn dann kommen wir in die Situation, dass wir den Finanzmarkt so regulieren, dass wir nicht wieder in eine Situation kommen, möglicherweise mit einem Risiko für die Steuerzahler, Länder wie Griechenland und andere retten zu müssen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

(A) **Bürgermeisterin Linnert:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vergleich zwischen dem Länderfinanzausgleich und dem, was in Europa geplant ist oder tatsächlich stattfindet, hinkt gewaltig. Der Länderfinanzausgleich beziehungsweise das Finanzsystem in Deutschland beruht darauf, dass die Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam füreinander haften. Davon ist Europa weit entfernt.

Im Moment geht es ja gerade darum herauszufinden, wie viele bereit sind zu akzeptieren, dass Europa de facto eine Haftungsunion ist. Wie man dann am Ende die Bedingungen für die Hilfen gestaltet, ist ja gerade ein Gegenstand der politischen Auseinandersetzungen. Die Debatte über den Rettungsschirm – und das verwundert mich immer so – ist ganz stark von der Erörterung über Schuldfragen geprägt, und das finde ich für die Politik so eigenartig. Entweder sind es die Märkte, die Griechen oder die Banken, und wenn man den einen oder anderen endlich streng behandelt hat, dann wird alles gut.

Ich glaube, dass wir uns gemeinsam der Tatsache stellen müssen, dass es sich bei den Ursachen für diese Krise doch im Wesentlichen um politische Fehler handelt, die gemacht wurden, dass nämlich die Politik ihrer Regulierungsaufgabe nicht ausreichend nachgekommen ist. Die Regulierung der Finanzmärkte ist hier ja schon angesprochen worden, aber das hilft jetzt alles nichts, Schuldfragen und irgendjemanden zu bestrafen führen überhaupt nicht weiter, sondern es ist die Aufgabe der Politik, Lehren aus dem zu ziehen, was passiert ist, und nach Lösungen zu suchen.

(B) Eine Lösung heißt auf jeden Fall – und das wurde von mehreren Rednern ja auch gesagt –, dass es darum geht, Vertrauen zu schaffen. Wenn man das hier aber will, dann heißt das, dass man nicht zaudert oder zögert, vernebelt oder rotiert oder auf Stammtische zielt, sondern dass man auf der Basis eines klaren, ethischen und politischen Fundaments allen Beteiligten innerhalb und außerhalb Europas deutlich macht, dass derjenige, der sich ein Land der Gemeinschaft vornimmt, in diesem Fall die Griechen, dann die Portugiesen, die Spanier und die Italiener – ach, die Iren habe ich noch vergessen –, es mit uns allen zu tun bekommt. Das ist die einzig richtige und zentrale Botschaft.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das ist die Botschaft nach außen. Nach innen lautet die Botschaft, dass wir hier Mindeststandards für die Finanzmärkte und die Wirtschafts- und Finanzpolitik verabreden, aber dazu später noch.

Die nächste wichtige Lehre – das werde ich auch immer wieder sagen –, ist, niemand auf der Welt hat einen Anspruch darauf, Geld geliehen zu bekommen, und das sollten wir uns auch täglich sagen. Ob wir die Leute, die uns Geld leihen sollen, nun leiden kön-

nen oder nicht, das sollten wir vielleicht einmal lieber für uns behalten, jedenfalls sind wir von ihnen abhängig, solange wir es nicht geschafft haben, die Staatsverschuldung – ganz auf Null, Herr Röwekamp, glaube ich nicht, dass man das unbedingt muss, unser Grundgesetz schreibt das für den Bund zumindest auch nicht vor –. Es ist sowieso nur ein akademischer Streit, am Ende haben wir in Europa einen ganz langen und ganz harten Weg vor uns, das süße Gift der Staatsverschuldung, an das wir uns alle so gewöhnt hatten, so zu reduzieren, dass nicht das passiert, was manche sagen, was in Griechenland passiert, nämlich die große Wirtschaftskrise durch, ich sage einmal, ein Verhalten wie Heinrich Brüning erst auszulösen, sondern dass wir sukzessive so herunterkommen, dass wir unseren Reichtum behalten können.

Ich ärgere mich auch über das unheimlich hohe Ross, auf dem Deutschland außenpolitisch in dieser Frage sitzt. Ich schäme mich dafür geradezu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deutschland hat eine hohe Verantwortung in Europa, aber keinen Grund, auf einem hohen Ross zu sitzen. Wir waren die ersten, die die Maastrichter Kriterien gerissen haben, und neben allen verschleiern den Darstellungen sollte man sich vielleicht einen ganz kleinen Moment einmal vergewissern, um welche realen Summen es eigentlich geht.

(D) Die absolute Summe der Staatsverschuldung im Euroraum beträgt 7,8 Billionen Euro, davon sind zwei Billionen deutsche Staatsschulden, mithin 25 Prozent, und auch die Betrachtung in Zusammenhang mit dem Bruttosozialprodukt, und da gebe ich Herrn Rupp ausdrücklich recht,

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Ja, das ist ein gutes Beispiel!)

ist nur ein ganz kleiner Teil der Wahrheit. Am Ende entscheidet das Steueraufkommen darüber, ob wir die Kredite und die Zinsen bedienen können – und nur das allein –, aber nicht das Bruttosozialprodukt.

Mit dem Weg in die Haftungsunion, der an die Wand gemalt wird, kann man auch weiter versuchen, die Menschen zu verschrecken. Wir haben die Haftungsunion, ob uns das gefällt oder nicht, und je länger wir davor den Kopf in den Sand stecken, desto höher wird der Preis, den wir, die anderen Euroländer und die ganze Weltwirtschaft werden zahlen müssen.

Es gerät vieles ins Rutschen, und deshalb gibt es auch sehr viele interessante Debatten, die in diesem Zusammenhang geführt werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihren Schuldenstand um 189,6 Milliarden Euro für die Abwicklungsbank der Hypo Real Estate erhöhen müssen. Die absoluten Schulden Griechenlands betragen 328 Milliarden Euro, mithin ein

(A) Drittel mehr, und wie kommt es jetzt eigentlich – Dr. Hermann Kuhn hat es vorhin erwähnt –, dass viele Prozesse weiterhin so sonderbar verschwiegen ablaufen? Man fragt sich doch, in welchem Verhältnis eigentlich die öffentliche Aufmerksamkeit der Hilfen für Griechenland zu dieser Summe, die wir einsetzen mussten, um zu verhindern, dass die Hypo Real Estate eine riesige Finanzkatastrophe auslöst, steht. Die Maßstäbe verrutschen also.

Wichtig ist auch, sich klar zu machen – auch da möchte ich noch einmal auf einen Redebeitrag von Herrn Rupp eingehen –, dass die Konkurrenz der Staaten und der Wirtschaftsräume untereinander in der Vergangenheit auch darüber geführt wurde, welcher Standort die niedrigsten Steuern bietet, und da haben Sie in der Tat recht, Bremen setzt sich, das wissen Sie ja, überall dafür ein, dass wir ein Steuerwesen haben, das maßvoll ist, einem Standort auch Entfaltungsmöglichkeiten gibt, aber auch die notwendige Staatstätigkeit ermöglicht. Das wird die Debatte der nächsten Jahre sein, und wir müssen es erreichen, dass in Europa Dumpingsteuerpolitik verboten wird.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

(B) Unser Finanzwesen ist längst unüberschaubar vernetzt, auch das kann einem gefallen oder nicht, es ist Fakt, und jedes Gerede von geordneten Insolvenzen ist ein Spiel mit dem Feuer und ist einer ökonomisch, ich kann nur sagen, heiligen Einfalt geschuldet. Jeder der über den Rand geschubst wird, dem werden die Nächsten folgen, und es wird zu unabsehbaren, unkontrollierbaren Katastrophen in der Weltwirtschaft führen.

Wir befinden uns in einer Auseinandersetzung der Währungen der großen Wirtschaftsräume, nämlich Dollar, Pfund und Euro, was einmal den Westen der Welt betrifft. Eine nette Rolle spielen dabei Ratingagenturen. Der Mitarbeiter einer Ratingagentur, der sich gewagt hatte, den Dollar von AAA auf AA herunterzustufen, wurde entlassen. Objektiv ist es nach allen Wirtschaftsmaßzahlen so, dass es sowohl dem Pfund als auch dem Dollar deutlich schlechter geht, allerdings stellen sie sich auch nicht so dilettantisch an wie der Euroraum.

Was machen wir da eigentlich gerade? Wenn wir uns gemeinsam attestieren, dass man sich vor der Tatsache nicht mehr weiter verstecken kann, dass wir alle jahrelang weggesehen haben und Verantwortung für Unbequemes nicht gern übernehmen wollten, dann werden wir zu einem Europa kommen, in dem wir uns untereinander, gegenseitig und auch uns selbst nicht schonend mehr auf die Finger schauen als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, und ich finde das gut. Griechenland braucht allerdings auch ein bisschen Zeit.

Zum Aufbau einer funktionierenden Steuerverwaltung! Ich meine, kann man das wirklich an sich he-

ranlassen, dass es in Europa ein Kernland gibt, das gar keine funktionierende Steuerverwaltung hat? Das ist doch interessant, oder? Jedenfalls werden sie ein paar Jahre dafür brauchen, bis sie das hinbekommen haben, und ich finde, wir kehren nebenbei auch immer schön vor unserer eigenen Tür.

Bremen stimmt im Bundesrat dem Rettungsschirm zu, aus voller Überzeugung, aus eigenem Interesse und aus der Erkenntnis, dass Solidarität Klugheit von heute für morgen ist, und aus der Erkenntnis, dass jeder gegen jeden am Ende nur Verlierer erzeugt. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Neubildung eines Landesjugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 20. September 2011
(Drucksache 18/56)

Die Wahlvorschläge sind in der Mitteilung des Senats enthalten.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen. (D)

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl von zwei Mitgliedern und zwei stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats der Stiftung Deutsches Schiffahrtsmuseum

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)